

In dankbarer Erinnerung

Hans Hubert Schmitz

28. Februar 1932 – 3. August 2021

Wir haben die traurige Pflicht, über den Tod unseres ehemaligen Landesleitungsmitglieds Hans Hubert Schmitz zu berichten.

Der ehemalige stellvertretende Landesvorsitzende des dbb rheinland-pfalz und Ehrenvorsitzende des Philologenverbandes Rheinland-Pfalz verstarb laut Mitteilung seiner Familie am 3. August 2021 im Alter von 89 Jahren in Mainz.

1985 wurde Hubert Schmitz zum Landesvorsitzenden seines Fachverbandes gewählt, nachdem er seit 1973 hier stellvertretender Landesvorsitzender gewesen war. Als Chef des Philologenverbandes Rheinland-Pfalz (bis 1995) wurde er Mitglied im Landesvorstand des dbb Landesbundes.

Der Oberstudiendirektor und – seit dem 10. Dezember 1979 bis zu seiner Pensionierung 1996 – Leiter des Gymnasiums

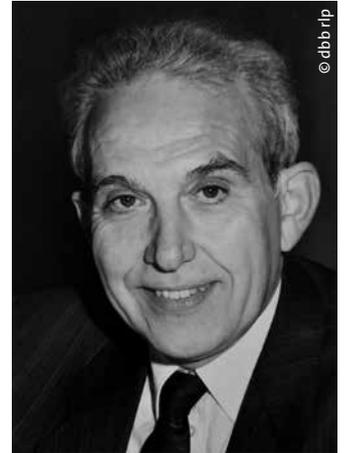
am Kurfürstlichen Schloß in Mainz bekleidete von 1990 bis 1994 sowie in der anschließenden Amtsperiode von 1994 bis 1999 nach Wiederwahl das Amt des Fünften stellvertretenden Landesvorsitzenden des dbb rheinland-pfalz. In dieser Funktion war er beim Landesbund zuständig für Fort- und Weiterbildung und die Zusammenarbeit mit der dbb akademie. In seinen Zuständigkeitsbereich fielen laut Geschäftsverteilung darüber hinaus in gewerkschaftspolitischer Hinsicht Angelegenheiten der Hochschulen, der Wissenschaft, der Bildung sowie des kulturellen Bereiches in Rheinland-Pfalz.

Als Vorsitzender des Philologenverbandes und als Gewerkschafter kämpfte Hubert Schmitz gegen „die Absicht (...), das bewährte gegliederte Schulwesen in Rheinland-Pfalz zu zerschlagen“, die Kürzung der Stundentafel und die Mehrbelastung der Lehrer.

Von 1975 bis 1988 war Hubert Schmitz Vorsitzender des Hauptpersonalrates für die staatlichen Lehrkräfte an Gymnasien, Kollegien und Studienseminaren für das Lehramt an Gymnasien. In den Neunzigerjahren war Schmitz Mitglied des Rundfunkrates des SWR.

Geehrt für seinen unermüdlchen Einsatz und „sein engagiertes Eintreten für den Erhalt und die Stärkung des Gymnasiums im Rahmen des gegliederten Schulwesens“ wurde Hubert Schmitz bereits 1985 mit der Verleihung des Bundesverdienstkreuzes am Bande; der Philologenverband erkor ihn zehn Jahre später zum Ehrenvorsitzenden.

Wir behalten Hubert Schmitz als fröhlichen, freundlichen und kenntnisreichen Sachwalter gewerkschaftlicher Interessen und als engagierten Schaffer gewerkschaftlicher



> Hubert Schmitz 1991

Arbeit in Erinnerung. Mit rheinischem Naturell, das mit seinem Durchsetzungsvermögen, seiner Vehemenz und seiner scharfen Analysefähigkeit nicht im Widerspruch stand, hat er für die Belange des öffentlichen Dienstes und seines Personals in Rheinland-Pfalz einige sehr wichtige Lanzen gebrochen.

Wir werden ihm stets ein ehrendes Gedenken bewahren. Unsere Anteilnahme gilt seiner Familie.

Die Beerdigung hat auf Wunsch des Verstorbenen im engen Familienkreis stattgefunden. ■

Franz Josef Bischel

Würdige Gedenkfeier

Heimatstadt Gau-Algesheim ehrt Verstorbenen

Am 5. September 2021 richtete die Stadt Gau-Algesheim im Anschluss an den katholischen Gottesdienst eine Gedenkfeier für ihren am 16. März 2021 mit 82

Jahren verstorbenen Ehrenbürger Franz Josef Bischel aus.

Zahlreiche Weggefährten, Mitstreiter(innen) und die Familie

finden sich in der Turnhalle des Turnvereins coronakonform ein, um gemeinsam und tröstend an Franz Josef Bischel zu denken.

In Redebeiträgen wurde der Verstorbene für seine Schaffenskraft, seine Kompetenz und seine vielfältigen Erfolge in Politik, Ehrenamt und Gewerkschaft gewürdigt und seinen Angehörigen Wertschätzung ausgedrückt. >



> Franz Josef Bischel

Stadtbürgermeister Michael König hob die Verdienste des ehemaligen Stadtbürgermeisters Franz Josef Bischel um seine Geburts- und Heimatstadt hervor. Für die CDU-Fraktion im Landtag Rheinland-Pfalz lobte die ehemalige Abgeordnete Marlies Kohnle-Gros den Verstorbenen als großen Demokraten, Könner im Organisieren der Fraktion und als erfahrenen, kenntnisreichen Ansprechpartner auf allen Ebenen. Dorothea Schäfer, Landrätin des Landkreises Mainz-Bingen und CDU-Kreisvorsitzende, betonte, dass für den Politiker und Philantropen Franz Josef Bischel der Mensch stets im Mittelpunkt gestanden habe. Abgeordnete seien dafür da, dass es den Menschen gut gehe, habe er gerne betont.

Die dbb Landesvorsitzende Lilli Lenz ließ die Stationen Franz Josef Bischels im Fachgewerkschaftsverbund Revue passieren: Landesvorsitzender der Kommunalgewerkschaft komba rheinland-pfalz, Landesvorsitzender des dbb rheinland-pfalz und Landesvorsitzender des Seniorenverbandes BRH Rheinland-Pfalz, Ehrenmitglied des dbb rheinland-pfalz. Sie lobte den Verschiedenen als Mann klarer Worte mit untrügbarem Gespür für Menschen und Situationen, der seiner Zeit stets voraus war. Als wortgewaltigen Verfechter von Gerechtigkeit, Solidarität und Teilhabe werde die dbb Familie Franz Josef Bischel in Erinnerung behalten.

Heiner Hassemer sprach für die CDU-Stadtratsfraktion vom er-

fahrenen Ratgeber und Optimisten Franz Josef Bischel. Christine Blass vom Carnevalverein Gau-Algesheim verlas ein stimmungsvolles Gedicht des Verstorbenen, der als fähiger Gelegenheitspoet bekannt war. Raimund Haus vom DRK würdigte den Ehrenamtler Franz Josef Bischel. Dieter Scholz vertrat den Jahrgang 1938 und lobte den allzeit ansprechbaren Bürger Bischel. Den Abschluss machte der ehemalige Stadtbürgermeister Dieter Faust und betonte, dass der Verstorbene nie auf Unzuständigkeit verwiesen hätte, wenn er angesprochen wurde.

Eingerahmt wurden die Reden durch Liedinterpretationen der Gau-Algesheimer Sängerin Loreen Mobo sowie vom Sa-

xophonquartett der Katholischen Kirchenmusik Gau-Algesheim.

Aus der dbb Familie nahmen neben der dbb Landeschefin Lilli Lenz an der Gedenkfeier Klaus Geiser, Ehrenvorsitzender der komba gewerkschaft rheinland-pfalz, Bardo Kraus, stellvertretender Landesvorsitzender der komba gewerkschaft rheinland-pfalz und dbb Bezirkschef, außerdem Egbert Albi, stellvertretender Landesvorsitzender des Seniorenverbandes BRH, sowie Hans Eberhard Hielscher, langjähriger Landesgeschäftsführer des dbb rheinland-pfalz, samt Gattin und Malte Hestermann, gegenwärtiger dbb Landesgeschäftsführer, teil. ■

Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung ab 2026

Ganztags heißt mehr Personal

Lars Lamowski, stellvertretender dbb und VBE-Landesvorsitzender, sieht Land in der Pflicht

„Die Ganztagschulen in Rheinland-Pfalz stehen jetzt schon mit dem Rücken zur Wand“, so bilanziert Lars Lamowski die gegenwärtige Lage im Bundesland, um mit Blick auf den von Bundestag und Bundesrat beschlossenen, sukzessiven Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung in der Grundschule energisch zu fordern: „Es müssen vom Land endlich mehr Planstellen für Lehrerinnen und Lehrer geschaffen werden. Zudem benötigen die Ganztagschulen in Angebotsform dringend ein höheres Budget, um mehr und qualifizierteres Personal einstellen zu können, damit unter anderem die Gruppengrößen reduziert werden können. Hier muss das Land dringend seine Hausaufgaben machen.“

Der stellvertretende dbb Landesvorsitzende des dbb und des Verbandes Bildung und Erziehung – VBE – weiß, wovon er spricht. Er ist Leiter der Grundschule Kirchen im Westerwald und kennt die Vor-Ort-Verhältnisse genau. Im Gespräch mit der Rhein-Zeitung (Ausgabe vom 9. September 2021) beschrieb Lars Lamowski: „Die Ganztagschulen in Angebotsform bieten mit ihren Arbeitsgemeinschaften und den Lernzeiten ein attraktives Angebot. Aber auch Teile des Vormittagsunterrichts können mittlerweile nicht mehr mit voll ausgebildeten Lehrkräften abgedeckt werden. Aufgrund der mangelhaften Personalausstattung der Schulen mit Lehrkräften fehlen an vielen Standorten im Land die nötigen Lehrerstunden vermehrt am Nachmittag.“

Die Beschlüsse von Bundestag und Bundesrat über den nach und nach einheitlich einzuführenden Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung in der Grundschule ab 2026 begrüßt Lars Lamowski als notwendig. Die Zahlen der Eltern, die eine Ganztagsbetreuung in Anspruch nehmen, wachse. Gerade nachmittags sei es wichtig, den Schülerinnen und Schülern auch ein attraktives Sportangebot zu bieten. Hier müssten den Schulen ausreichend Hallenkapazitäten zur Verfügung gestellt werden, ergänzte der Grundschulleiter mit Blick auf die Situation im eigenen Schulsprengel, der Verbandsgemeinde Kirchen, in dem ansonsten die beschlossenen Neuerungen schon längst durch langjährigen Betrieb der Grundschulen in Ganztagesform erfüllt würden. ■



> Lars Lamowski, stellvertretender dbb Landesvorsitzender

Die Bundesländer hatten sich mit dem Bund in der Frage der Finanzierung des Ganztagesanspruchs über Kreuz gelegt, weil sie der Meinung waren, der fordernde Bund müsse mehr Mittel beisteuern. 3,5 Milliarden Euro Investitionskostenzuschuss für die Einrichtung von Ganztagesplätzen übernimmt der Bund. Für den laufenden Betrieb der Ganztagesplätze ist nach Einigung mit den Ländern nun langfristig eine jährlich um etwa 300 Millionen Euro aufgestockte Summe von jeweils 1,3 Milliarden Euro an Bundesmitteln vorgesehen. ■

Ältere Menschen und Digitalisierung

Ein Jahr 8. Altersbericht der Bundesregierung

Ein Kommentar vom stellvertretenden dbb Landesvorsitzenden und Leiter des Arbeitskreises Seniorenpolitik, Robert Tophofen

(rt) Deutschland wird immer älter, aber wird es auch endlich digitaler? Die Bundesregierung hat die Frage, welchen Beitrag Technisierung und Digitalisierung zu einem guten Leben im Alter leisten, zum Gegenstand des 8. Altersberichts gemacht, der seit gut einem Jahr veröffentlicht ist. Aufgrund eines Parlamentsbeschlusses vom 24. Juni 1994 muss die Regierung dem Parlament in jeder Legislaturperiode einen Bericht über die Situation älterer Menschen in Deutschland vorlegen. Zuständig ist das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ). Was bringen jedoch diese Berichte?

Die Expertenkommission arbeitet nicht einmal eine Handvoll Monate an dem Papier und was steht dann drin? Fragen, die für die Zukunft zu beantworten wären, und Allgemeinplätze, die jedem sofort in den Sinn kommen, der ältere Menschen pflegt oder betreut.

Im 7. Altenbericht „Sorge und Mitverantwortung in der Kommune – Aufbau und Sicherung zukunftsfähiger Gemeinschaften“ von 2016 wurde unter-

sucht, welche Voraussetzungen vor Ort gegeben sein müssen, damit ein gutes Leben im Alter möglich ist. Passiert ist seither wenig, denn nach wie vor schließen Arztpraxen und Geschäfte auf dem Land und flächendeckendes High-Speed-Internet gibt es nur in Estland.

Nun aber zum 8. Altersbericht: Dort heißt es, dass es wenig gesichertes Wissen über die Wirkungen digitaler Technik auf das Leben im Alter gebe. Wie wäre es da mit einer entsprechenden Erhebung? Außerdem wirken sich regionale Unterschiede in der Infrastruktur aus, weswegen es Forschungsbedarf gebe. Wie wäre es mit dem Ausbau von Funk- und Kabelnetzen sowie Anreizen für Ärzte und Gewerbetreibende in abgelegenen Gebieten? Der Altersbericht diagnostiziert weiter, dass Teilhabe und Inklusion zu Schlüsselkompetenzen im Alter werden. Dass dann aber die Vermittlung von digitalen Technologien überwiegend durch ehrenamtliche Techniklotsen geschultert werden soll, ist ein Sichdrücken der Politik vor der Verantwortung. Es gibt natürlich auch schon erste

sinnvolle Projekte, aber die sind lediglich Leuchttürme in einer ansonsten noch allzu finsternen Realität.

Wo wir in Deutschland stehen, mag nur ein persönliches Beispiel kurz illustrieren: Für eine Beantragung von Kurzzeitpflege für eine Angehörige reichte keine Verordnung des Arztes, sondern es musste von der Homepage der Krankenkasse ein Formular heruntergeladen werden, zum Arzt zur Unterschrift gebracht und dann selbst versandt werden. Die Betroffene ist allerdings gehbehindert und ohne Internet. Wohl dem, der noch Familie hat, und dies vor dem Hintergrund von derzeit 50 Prozent Singlehaushalten.

Die Altersberichte stellen wichtige Fragen, selbstredend, aber was helfen die klugen Fragen, wenn sich niemand in der Politik aufmacht, sie zu beantworten?

Das Altwerden ist kein „Problem“ der Älteren, sondern eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe über alle Generationen hinweg. Da sich ja meist alles immer nur ums Geld dreht, betrachten wir die Situation ein-



© dbb rip Rimbach

> Robert Tophofen, stellvertretender dbb Landesvorsitzender

fach mal nur aus wirtschaftlicher Sicht: Die Pflege von Familienangehörigen mindert die Erwerbstätigkeit, auf der anderen Seite halten rüstige Großeltern ihren Kindern den beruflichen Rücken frei durch Unterstützung bei der Betreuung – von den eigentlich viel wichtigeren sozialen und emotionalen Aspekten ganz abgesehen.

Die Altersberichte sollten nicht mehr bloß buchhalterische Bestandsaufnahme sein, sondern endlich Steine des Anstoßes für nachhaltige Veränderungen und gesellschaftliche Prozesse. Noch sind drei Jahre Zeit, um bis zum nächsten Altersbericht Taten präsentieren zu können. ■